

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:
Griß Striegasse, Berlin.
Telefon: Amt 5209/4200



Abdruck für Zeitung und Geschäftsstelle:
Berlin O 20 01, Tele. Wilhelm-Platz 6
Telefonamt: Copalitz

Die Zeitung wird im Colportage-Vertrieb durch den Reichsverband der Arbeitervereine, Berlin, O 20 01, Tele. Wilhelm-Platz 6, Telefonamt: Copalitz, zum Abdruck gebracht.

Berlin, den 10. Januar 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Roter Zuchthauskurs.

Die Sowjetdiktatur - eine Sünde am Sozialismus.

SPD. Mangelnde Aktivität in der Wirtschaftspolitik ist das Letzte, was man der Sowjetdiktatur in Russland vorwerfen kann. Sie führt einen gigantischen Kampf mit der Materie und den Eigengesetzen der Wirtschaft, sie sucht mit Hilfe des staatlichen Zwanges die Widerstände zu überwinden, die sich ihrem Wirtschaftsplan in den Weg stellen. Bei jedem Versuch, die Wirtschaft besser in der Richtung auf das Gemeinwohl zu organisieren, hebt das Bürgertum entsetzt die Hände in die Höhe und zetert über wirtschaftspolitische Vermessenheit, die sich nicht über die menschliche Ohnmacht gegenüber den gewaltigen Eigengesetzen der Wirtschaft im klaren sei.

Ohne diese "wirtschaftspolitische Vermessenheit" ist Arbeit an der Verwirklichung des Sozialismus undenkbar. Diese Vermessenheit wird jedoch zum Fluch, wenn sie den Menschen nur als Mittel zum Zweck, als ein Werkzeug, eine Nummer ansieht, auf deren Wohl und Wehe es nicht ankommt. Wenn "der Plan" nicht mehr den Menschen dient, sondern ihr Herrscher wird, dann verliert die Aktivität den festen sozialistischen Boden unter den Füßen. In dieser Lage befindet sich die Sowjetdiktatur. Sie verhindert an sich gebotene "wirtschaftspolitische Vermessenheit" mit einem sozialpolitischen Zuchthauskurs. Damit dient sie nicht dem Sozialismus, sie schadet ihm nur, und zwar nicht nur in Sowjetrußland!

Das Experiment des Stalinschen Wirtschaftsplanes ist keineswegs glatt gegangen, es ist vielmehr schon zu einem System der Notbehelfe geworden, und die Führer der Diktatur lernten auf der augenblicklich stattfindenden Tagung der zentralen Körperschaften der kommunistischen Partei der Sowjetunion, welche Reparaturen neuerdings an dem "grossen Plan" und seinen Durchführungsbestimmungen vorgenommen werden sollen. Aber die Serie der Misserfolge, die Mängel in der Versorgung der Bevölkerung, das Nichtfunktionieren wichtiger Industrien, die dauernden Schwierigkeiten an der Agrarfront wiegen nicht so schwer, wie die dauernden drakonischen Eingriffe in die Rechte und die Freiheiten der Arbeiterschaft.

Das sozialistische Ideal schliesst nicht nur die Idee einer Beherrschung der Wirtschaft durch den menschlichen Willen in sich, es ist nicht eine rein abstrakte Organisationsidee, es umschliesst vielmehr das grosse Sehnen aller Unterdrückten nach Recht und Freiheit. Dagegen aber sündigt die Sowjetdiktatur in unerträglichem Masse.

Sie steht der Schwierigkeit gegenüber, dass Russland nicht über ein zahlenmässig starkes, technisch auf hoher Stufe stehendes Proletariat verfügt, das die erste Voraussetzung eines besser als das kapitalistische System funktionierendes Wirtschaftssystem ist. Je stärker dieser Mangel sich geltend macht, umso drückender wird die Diktatur gegen die Arbeiter gestaltet.

Die letzte diktatorische Massregel gegen die Arbeiterschaft war die Wiedereinführung des zaristischen Passzwanges in verschärfter Form. Jeder Arbeitende in der Sowjetunion erhält einen Zwangspass, auf dem jede Arbeitsstelle, jeder Wechsel der Arbeitsstelle verzeichnet wird. Ohne gültigen Pass keine Arbeit, kein Lohn, kein Anteil an den Einrichtungen, die den Soziallohn ausmachen. Die Ausgabe dieser Zwangspässe hat in Moskau bereits begonnen, Leningrad und Charkow werden nachfolgen, ein besonderes neues Passamt ist eingerichtet worden, das für die Durchführung dieser Massnahme im gesamten Gebiet der Sowjetunion zu sorgen hat. Die drakonische Ueberwachung, der die Mitglieder der KPR unterliegen, wird auf die gesamte Arbeiterschaft ausgedehnt.

Das Problem der grösstmöglichen Freiheit und Freizügigkeit des Arbeiters existiert für die Sowjetdiktatur nicht. Sie streicht Freiheit und Freizügigkeit einfach aus und ordnet sie restlos bis zum letzten dem Plan unter. Dass diese Massnahme letzte Grausamkeiten gegen die Bevölkerungsschicht in sich schliesst, die als "sozialer Schutt" bezeichnet wird, ist dabei eine Nebenwirkung, die sich schlecht mit dem Ideal des "Freiheit und Gleichheit für alles, was Menschenantlitz trägt" zusammenreimt. Die Hauptsache ist, dass der Arbeiter dabei auf den Wert einer blossen Nummer herabgedrückt wird. Sie brauchen bei dieser Methode nicht Menschen in Sowjetrussland, sondern nur Hände!

Das ist keine Lösung eines der ernstesten sozialistischen Organisationsprobleme, das ist vielmehr eine blosse Nachahmung der primitiven und brutalen Methoden des Frühkapitalismus! Es ist nicht von ungefähr, dass die russische Verordnung über den Passzwang gegen die Freizügigkeit der Arbeiterschaft den stillen und lauten Beifall der reaktionärsten Presse in Deutschland gefunden hat. Man versichert hier, dass man mit Vergnügen zusehe, wie die Sowjetdiktatur einem so faulen Abfallprodukt einer von liberalen Ideen befangenen Epoche wie der Freizügigkeit den Garaus mache! Es ist nicht von ungefähr, dass es gerade die Presse der deutschen Feudalreaktion ist, die dieser Sowjetmassnahme die grösste Beachtung geschenkt hat. Ausgehende Feudalzeit und beginnender Frühkapitalismus bezeichnen die Stelle, an der eine solche Massnahme in der Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung unterzubringen ist. Damit wird der sozialistischen Idee nur Schaden zugefügt! Was nützt der schönste Plan, wenn sein notdürftiges Funktionieren nicht zu mehr, sondern zu weniger Recht und Freiheit führt, wenn nicht eine freie Gesellschaft, sondern ein Zuchthaus der Arbeit dabei herauskommt?

Es zieht eins das andere nach sich! Der Versuch, sozialistische Aktivität zu lösen von der Demokratie und von den demokratischen Elementen des Sozialismus, sie zu gründen auf die Diktatur, wendet sich schliesslich gegen das Proletariat selbst und gegen die Idee des Sozialismus!

SPD. Danzig, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag fand in Danzig zum Zeichen der nationalen Verbundenheit der Danziger Bevölkerung mit dem Deutschen Reiche eine Kundgebung aus Anlass des 13. Jahrestages der Abtrennung der Freien Stadt Danzig vom Deutschen Reiche statt. Veranstalter war der Verein für das Deutschtum im Ausland. Teilnehmer waren die Schüler sämtlicher Danziger Schulen und eine Anzahl bürgerlicher Jugendverbände.

Welcher Geist im Danziger Landesverband des VDA Oberhand gewonnen hat, zeigt die Tatsache, dass man die Verbände der arbeitenden Jugend von den Vorbereitungsarbeiten für die als "überparteilich" bezeichnete Kundgebung ausschlossen hatte. Auch nach einer wenige Tage vor der Veranstaltung erfolgten Aufforderung zur Teilnahme hielt man an einem Führer der Danziger Hitlerjugend, Zirwas als einzigen Redner der Jugend fest. So war es nicht verwunderlich, dass die Kundgebung, die unter anderen Umständen zu einem wahrhaft überpar-

teilichen Bekenntnis der Danziger Bevölkerung zum deutschen Volkstum hätte werden können, in vielen Teilen den Charakter parteipolitischer Agitation der Nazis annahm. Daran konnten auch die beiden Reden des Vorsitzenden des VDA und des Danziger Kultussenators nichts ändern. Sprechchöre, die "Heil Hitler!" und "Deutschland erwache!" nach jeder Rede brüllten, verstanden immer wieder, den erhofften würdevollen Eindruck der Kundgebung zu zerstören.

Im Anschluss an die Kundgebung veranstaltet die akademische Fliegergruppe Danzig einen Werbeflug nach deutschen Grosstädten. Das erste Flugzeug trifft am Mittwoch vormittag in Berlin ein. Auch bei diesem Flug hat man den Nazis wieder die wichtigste Rolle eingeräumt. Der Danziger Hitlerjugendführer Zirwas und der Redakteur des Danziger Naziblattes Zarske sollen in deutschen Grossstädten Vorträge über das Thema: "Danzig bleibt deutsch" halten.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags begann am Dienstag mit der Beratung der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Reichskommissar Gereke erläuterte einleitend seine bereits bekannten Richtlinien.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser, Grassmann und Frau Schröder kennzeichneten den Arbeitsbeschaffungsplan als ungenügend und wandten sich vor allem dagegen, dass die Einstellungsprämien für die Unternehmer auch in diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm enthalten sind. Abg. Dr. Brauns (Ztr) setzte sich für die nebenberufliche Siedlung ein. Der Abg. Dreher (NSDAP) brachte als Allheilmittel wiederum die Schaffung einer Binnenwährung in Vorschlag. Deutschnationale und Zentrum setzten sich dann mit besonderem Nachdruck für die Gleichberechtigung der privaten Stellennachweise mit den Arbeitsämtern ein.

Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

SPD. Dresden, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Rechtsausschuss des sächsischen Landtags beschloss am Dienstag auf Antrag des Generalstaatsanwalts, dem Plenum die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennecke wegen Begünstigung der Mörder des SA-Mannes Hentsch und wegen des Verdachts der Teilnahme an dem Mord zu empfehlen. Das Plenum wird dieser Empfehlung Folge leisten.

Der Berichterstatter, der Wirtschaftsparteiler Dr. Wilhelm, stützte sich in seinem Referat über den Fall Bennecke in der Hauptsache auf die Akten der Staatsanwaltschaft, Daraus ergibt sich, dass der unter Mordverdacht stehende Funker Schenk und der wegen Begünstigung der Mörder in Haft befindliche Beyer in dem Büro Benneckes gearbeitet haben. Aus Italien haben die Mörder mehrere Briefe nach Deutschland geschickt. Ein Brief des Mörders Fränkel aus Bozen, der an einen SA-Mann Lorenz gerichtet war, enthält folgende Stelle: "Nun komme ich zu einer Hauptsache. Als ich türmte, hatte mir H. versprochen, sich um mein Frauchen zu kümmern. Nun kommt Weihnachten und ich bin mittellos. Es gibt doch eine NS-Hilfe". Fränkel bittet dann Lorenz, zu H. zu gehen und zu einem gewissen Bück, um bei beiden etwas herauszuschlagen. Seinem Briefe lagen zwei Unterstützungsgesuche bei, von denen eines überschrieben war: "Lieber Oberführer!"

Der Generalstaatsanwalt schliesst aus dem Brief Fränkels, dass H. der Oberführer Dr. Bennecke ist, der mit Vornamen Heinrich heisst. Wenn das zutrefte, gehe daraus und auch aus dem an ihn gerichteten Zettel hervor, dass er von der Tat gewusst, sie begünstigt, bzw. auch die Flucht der SA-Leute gefördert haben müsse. Bennecke sei vernommen worden, habe aber keinerlei Angaben über die Flucht gemacht und behauptet, keinerlei Nachrichten von den

Flüchtigen erhalten zu haben. Er habe ausgesagt, dass die drei Flüchtigen mittellos gewesen seien. Die Flucht und der Aufenthalt der Mörder im Ausland erfordern aber nach der Auffassung des Generalstaatsanwalts erhebliche Kosten zumal Schenk in einem überwachten Telefongespräch einmal geäußert habe, er habe allein 130 Mark für Telefongespräche und Telegramme aufgewendet. Endlich geht aus den Akten über den Fall Hentsch noch hervor, dass der Staatsanwaltschaft zwei anonyme Schreiben zugegangen sind, in denen behauptet wird, dass Dr. Bennecke an dem Mord beteiligt sei.

Der Berichterstatter Abgeordneter Dr. Wilhelm (Wirtschaftspartei) betonte, dass der Rechtsausschuss und der Landtag nicht den Fall Hentsch zu untersuchen, sondern lediglich nachzuprüfen hätten, ob der Antrag auf Strafverfolgung so begründet sei, dass man die ungehinderte Tätigkeit des Abgeordneten preisgeben könne. Das sei der Sinn der Immunitätsbestimmungen in der Reichsverfassung. Ein subjektives Recht auf Immunität habe der Abgeordnete nicht, vielmehr sei sie ein Recht der Parlamente. Das Interesse der Öffentlichkeit und damit gleichzeitig das des Landtags an der Aufklärung des Falles Hentsch sei so überwiegend, dass man der Untersuchung kein Hindernis in den Weg legen dürfe. Er beantragte daher, die Immunität des Abgeordneten Dr. Bennecke aufzuheben. Dieser Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten einstimmig angenommen.

Die Nationalsozialisten erklärten vor der Abstimmung, dass sie ebenfalls für die Aufhebung der Immunität seien, aber nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen wollten. Sie würden sich deshalb einer sachlichen Stellungnahme zu dem Fall Hentsch enthalten. Der Sozialdemokrat Edel stellte demgegenüber fest, dass die Zustimmung der Nationalsozialisten zur Aufhebung der Immunität Benneckes nicht über die bisherigen Vertuschungs- und Verlegenheitsmanöver der Nationalsozialisten hinwegtäuschen könne. Im Landtag werde die Sozialdemokratie diese Vertuschungsmanöver in gebührender Form an den Pranger stellen. Für die Sozialdemokratie sei die Immunität, die den Abgeordneten in der Wahrnehmung seiner politischen Tätigkeit schütze, ein hohes Gut, doch dürfe sie nicht zur Deckung eines gemeinen Verbrechens missbraucht werden. Deshalb stimme die Sozialdemokratie dem Antrage des Generalstaatsanwaltes zu. Ausgerechnet den Kommunisten blieb es vorbehalten, sich der Stimme zu enthalten.

SPD. Landauf, landab zern die Nationalsozialisten über die unerträglich sozialen Lasten. Vor allem müssen die Krankenkassen und ihre Einrichtungen erhalten, um die Misstimmung besonders in der Landbevölkerung zu steigern. Einstellung der Beitragszahlung, Nichtablieferung der bei der Lohnzahlung einbehaltenen Beitragsanteile der Arbeitnehmer und sonstige Sabotageakte sind die Folgen dieser nationalsozialistischen Hetze. Wenn es sich aber für die nationalsozialistischen Versicherten darum handelt, Nutzen aus der Sozialversicherung zu ziehen, dann sind ihnen die Leistungen immer zu niedrig. Wir sind auch der Meinung, dass der Abbau der sozialen Leistungen durch die Notverordnungen unerträglich ist. Mit Beitragsstreik und ähnlichen Mätzchen sind aber diese Schäden nicht zu beheben, sie werden dadurch nur vergrößert.

Im Gegensatz zu der offiziellen Nazi-Propaganda gegen die Kasseneinrichtungen sind viele nationalsozialistische Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Lieferanten der Krankenkassen und die endlose Zahl der Versicherten heute froh, dass die Krankenkassen existieren. Sie zahlen wenigstens pünktlich, was man von der Nazi-Partei nicht sagen kann. Trotzdem wird der Hetzerfeldzug gegen die Krankenkassen fortgesetzt. Aber die berufsmässigen Hetzer lügen und schimpfen nicht nur gegen die Krankenkassen, sie betrügen sie auch. Wie,

das ergibt sich aus einer Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Wohlgenuth im Preussischen Landtag. Die Anfrage lautet:

"Der Dentist Schiennagel in Gross-Friedrichsdorf im Kreise Niederung/Ostpreussen hat die Landkrankenkasse des Kreises Niederung überteuert, indem er der Kasse Leistungen in Rechnung stellte, die in Wirklichkeit nicht gemacht waren. Der Führer der nationalsozialistischen Arbeitsdienstwilligen Stadie im Arbeitslager Wilhelmsbruch im Kreise Niederung leistete ihm dabei Hilfe. Um die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Gesinnungsfreundes, des Dentisten Schiennagel, etwas aufzubessern, liess Stadie die Krankenkasse unrechtmässig in Anspruch nehmen. Nachdem der "Führer" sich zunächst durch eigene Behandlung durch seinen Parteifreund auf Kosten der Kasse von der Leistungsfähigkeit der Kasse überzeugt hatte, traten die Arbeitswilligen bei dem Dentisten an. Der "Führer" Stadie stellte nicht nur die Krankenscheine für wirklich erforderliche Zahnbehandlung aus, sondern es sind der Kasse auch Krankenscheine und Leistungsberechnungen eingereicht worden, ohne dass die angeblich Behandelten von einer Behandlung überhaupt etwas wussten. Der Dentist Sch. hat also auf Grund der von seinem Parteifreund St. ausgestellten fingierten Krankenscheine der Krankenkasse Leistungen in Rechnung gestellt, die überhaupt nicht ausgeführt worden sind. Als die Krankenkasse Verdacht schöpfte, hinter dieses Betrugsmanöver kam und Gegenmassregel ergriff, ordnete der Führer des Arbeitslagers eine nachträgliche Zahnbehandlung für die ihm unterstellten jungen Menschen an, deren Namen er ohne ihr Wissen und Zutun durch Ausstellung der Krankenscheine missbraucht hatte, um seinem Gesinnungsfreund einen Vorteil auf Kosten der Kasse zu verschaffen. Nur wenige wagten es, dem Befehl des Führers, den Zahnheilkundigen aufzusuchen, zu widersprechen. So kam es, dass der nationalsozialistische Dentist Sch. Gelegenheit hatte, noch nachträglich für die der Kasse bereits in Rechnung gestellten angeblichen Leistungen etwas zu tun. Er musste aber in allen diesen Fällen seine Kunst an völlig gesunden Gebissen seiner jungen Pg.'s probieren. Völlig gesunde Zähne wurden angebohrt, um sie dann wieder in Ordnung zu bringen.

Wenn auch die Krankenkasse die Honorierung der Leistungen für Fälle der zuletzt erwähnten Art abgelehnt hat, so sind doch der Kasse durch die betrügerischen Handlungen des nationalsozialistischen Dentisten Schiennagel und des Führers des nationalsozialistischen Arbeitslagers Stadie namhafte Verluste entstanden, deren Höhe in vollem Umfange nachträglich kaum festzustellen sein dürfte, da zum Zwecke der Verschleierung bereits Abkommandierungen erfolgt sind.

Ich frage: Ist das Staatsministerium bereit, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, die Vorgänge zwischen dem nationalsozialistischen Arbeitslager im Wilhelmsbruch und der Landkrankenkasse des Kreises Niederung in Sachen des Dentisten Schiennagel einer Nachprüfung zu unterziehen mit dem Ziel, gegen den nationalsozialistischen Dentisten Schiennagel in Gross-Friedrichsdorf und den Führer des nationalsozialistischen Arbeitslagers Stadie in Wilhelmsbruch das Verfahren wegen Betruges gegenüber der Landkrankenkasse einzuleiten?"

Wo man auch hinsieht: Ueberall sind Betrügereien von Nazi-Grössen an der Tagesordnung. Der Fall des Nazi-Dentisten und seines "Führers" ist angesichts des Nazi-Feldzuges gegen die Krankenkassen besonders charakteristisch. Er verdient deshalb ganz besonderer Hervorhebung und Verbreitung.

SPD. Breslau, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem Breslauer Nazi-Organ ist am Dienstag wieder einmal das Lügenmaul gestopft worden.

Das Blatt hatte dieser Tage behauptet, die sozialdemokratische "Volks-wacht" trage die eigentliche Schuld an der Ermordung des Jungarbeiters

Hanisch. Die "Volkswacht" habe an den Breslauer Anschlagssäulen ein Hetzblatt mit der bekannten Todesanzeige der Mutter des von seinen eigenen Kameraden gemordeten Dresdener SA-Mannes Hentzsch anbringen lassen und damit in der schlesischen Hauptstadt die Atmosphäre geschaffen, auf die der Mord an Hanisch zurückgeführt werden müsse.

Jetzt hat die Schriftleitung der "Volkswacht" beim Landgericht Breslau eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die Schriftleitung und Verlag des Breslauer Nazi-Blättchens die Weiterverbreitung der Behauptung untersagt wird, die "Volkswacht" sei die intellektuelle Mörderin des Jungarbeiters Hanisch und das Plakat mit der Todesanzeige der Mutter des SA-Mannes Hentzsch in Dresden, das am 5. Januar an den Litfass-Säulen der Stadt Breslau klebte, sei ein Plakat der Volkswacht.

In der Begründung der Verfügung heisst es, dass die Bezeichnung intellektuelle Mörderin einen Verstoss gegen die guten Sitten darstelle. Eine Wiederholung derartiger Ausführungen müsse angesichts der gegenwärtigen Schärfe der politischen Auseinandersetzungen im deutschen Volk verhindert werden, da sonst mit weiteren Zusammenstössen politischer Gegner unter Körperverletzung und Tötung zu rechnen sei. Das von der Nazizeitung angegriffene Plakat war, wie die Verfügungsbegründung feststellt, nicht von der Redaktion der Volkswacht verfasst oder veröffentlicht, sondern im Auftrag eines Kunden gedruckt worden.

SPD. An einigen nichtgelieferten Telegrafentangen entzündete sich am 11. Januar 1923 der Ruhrkrieg, das sinnloseste Abenteuer der Nachkriegszeit, und der deutsch-französischen Schwerindustrie. Die bürgerliche Presse widmet dem Zehnjahrestag schwülstige Artikel. Das trieft von nationalistischen und patriotischen Phrasen.

Das Berliner Sprachrohr der deutschen Schwerindustrie, die "Deutsche Allgemeine Zeitung", hat dem 11. Januar sogar ihren Morgenpsalm gewidmet, der alltäglich als Lebkuchenvers die Spitze des vielgewandten und vielgewandelten Blattes ziert. Diesmal ist der Jeremias des Abendlandes, Oswald Spengler, der Profet, von dem in Fettdruck zitiert wird: "Es gibt für den echten Franzosen von gestern und heute nur eine Art von Ruhm, den militärischen.. und es gibt nur eine Form, in der dieser Ruhm gesättigt werden kann, das ist der am Besiegten geübte Sadismus." Wer am gleichen Tage Pariser Blätter wie die "Liberté" oder den "Ami du Peuple" des Fabrikanten für Kokottenparfüm angefasst hat, der wird am Jahrestag des Ruhrkrieges gleich liebliche Sprüche lesen können wie in Berlin und anderswo in Deutschland. Nur die Namen sind verändert. So sind sie wieder rüstig am Werk und beim altgewohnten Handwerk hüben wie drüben, die Brunnen- und Volksvergifter!

Die Besetzung des Ruhrgebietes war ein Rückfall in die Barbarei des Krieges und der brutalen Gewalt. Wie immer bei entscheidenden Wendungen, sahen wir auch 1923 die Phantasten und Hazadeure des Volkes Arm in Arm gehen: die extremen Nationalisten und die Kommunisten. Der Nationalbolschewismus aus dem November 1918 spukte wieder. In der "Roten Fahne" diskutierten Radek und Réventlow die Einheitsfront. Stalinist und Hitlerist, jeder nach seiner Façon, wobei einer den anderen zu übertölpeln versuchte. Revolutionärer Klassenkampf und Marxismus frei übersetzt nach Coopers "Lederstrumpf".

Jenseits der Romantiker des Nationalismus und der Revolution standen die geübten Praktiker und Realisten des Klassenkampfes: die Inhaber der deutschen Industrie und der Banken. Stinnes und Thyssen hiessen die Götter des Ruhrkrieges und Cuno war ihr Profet. Wenn die Besitzer des deutschen Kapitals, der Trusts und Konzerne ihr positives Ziel gegen den äusseren Feind nicht erreichen konnten, umso erfolgreicher gelang der Feldzug gegen den inneren. Ruhrkrieg, das war zugleich das Jahr der Inflation und der Reaktion. Kein

Patriotismus, kein Gesetz und keine Not des Volkes konnte den Besitzer von Kohle und Erz davon abhalten, bereits im Februar 1923 seine grosse Durchbruchsschlacht gegen die deutsche Mark zu führen und zu gewinnen. Nicht einmal der Weltkrieg hat die Massen des deutschen Volkes, den Mittelstand und die Arbeiterschaft wirtschaftlich derart ausgebeutet und ausgeblutet als dieses Jahr der Inflation. Im Namen des Ruhrkrieges und des Vaterlandes vollzog sich die Expropriation des gesamten deutschen Kleinbürgertums, der Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden, eine Enteignung, wie sie vollendeter und grausamer nicht gedacht werden konnte und deren unmittelbare Folge der Faschismus und Hitlerismus ist. Politisch wurde der Ruhrkrieg benutzt, die Republik zu unterhöheln und wenn heute in Deutschland die Reaktion reitet, der Ruhrkrieg und der Abwehrkampf des gesamten Volkes haben sie in den Sattel gehoben.

Indessen standen an Rhein und Ruhr die Arbeiter und Angestellten, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler wie eine lebendige Mauer gegen den französischen Imperialismus und Militarismus. Sie ertrugen Hunger und Not, Verfolgung und Schlimmeres: die Ausweisung! Zu Tausenden sind sie mit Kind und Kegel über die Grenze geschoben worden, und als sich unter dem Schutze der französischen Generäle der Separatismus auftat, an dem Widerstand der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist er zerbrochen. Vergebens wird der Geschichtsschreiber unter den Führern dieses Separatismus einen einzigen Arbeiter finden. Gutsituierte Bürger standen an seiner Spitze, im Bürgertum hatte er seinen Rückhalt, seine geistigen und materiellen Helfer, echt teutsche Männer waren die Werkzeuge der französischen Imperialisten. Deutsche Industrielle liehen ihre Sympathie und ihre Kraftwagen, und wieviele Namen standen in der Mitgliedsliste der Rheinischen oder Nassauischen Republik, die heute die Stammrolle des Herrn Hitler und die Mitgliedsbücher des Dritten Reiches zieren?

Und zehn Jahre später? Die gleichen sozialdemokratischen Zeitungen des Rhein-Main- und Ruhrgebietes, die ob ihrer Kritik von den Generälen der Besatzungsarmee verboten worden sind, haben die gleichen Wunden und Ehrenzeichen im Jahre 1932 durch die Herren Bracht und Papen von der deutschen Reaktion erhalten. Die gleichen deutschen Arbeiter, Sozialdemokraten und Republikaner, die 1923 am Rhein, an der Ruhr und an der Spree für Deutschland fochten und litten, von den Papen und Bracht sind sie 1932 wie Bürger zweiter Klasse und Deutsche minderen Rechtes behandelt worden. Aber wie die deutsche Arbeiterbewegung, wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften das Jahr 1923 überwunden und dem Sturm der Hitlerbanden getrotzt haben und weiter trotzen werden, so werden sie auch die Missgeburten des Ruhrkriegs mit seiner Inflation erfolgreich überwinden. Dann kommt die Zeit, wo ein für allemal das ungeschehen gemacht wird, was Leute, die nicht ihrer Fähigkeit sondern ihrer reaktionären Gesinnung wegen in hohe Ämter berufen wurden, an der deutschen Arbeiterbewegung gesündigt haben.

SPD. Karlsruhe, 10. Januar (Eig. Draht).

Der Badische Landtag wählte am Dienstag den Staatspräsidenten Justizminister Dr. Schmitt wieder für ein Jahr zum Staatspräsidenten. Die Wahl des Innenministers fiel auf den Ministerialrat im Justizministerium Dr. Umhauer, der politisch zur Deutschen Volkspartei zählt, und zu den Führern der evangelischen Rechtskreise gehört.

Die geplante Wahl eines Staatsrats musste im letzten Augenblick abgesetzt werden, weil bekannt wurde, dass gegen den von der jetzigen Regierungskoalition Zentrum, Volkspartei und Wirtschaftspartei vorgeschlagenen Kandidaten, einen wirtschaftsparteilichen Abgeordneten, der Vorsitzender des

badischen Hausbesitzerverbandes und Direktor der zusammengebrochenen Landesbank für Haus- und Grundbesitz ist, eine Strafanzeige wegen Bilanzverschleierung und verschiedener sonstiger Delikte erstattet worden ist.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags erstattete der Reichsfinanzminister am Dienstag auf Antrag der Sozialdemokratie einen Bericht über die Lage der Reichsfinanzen. Der Haushaltsausschuss zeigte ein Bild wie an grossen Tagen: Die vollzählig versammelten Fraktionsvertreter, ein grosser Stab von Beamten unter der Führung des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers. Der sachliche Inhalt des Berichts des Reichsfinanzministers entsprach nicht ganz den Erwartungen. Er beschäftigte sich sehr viel mit der Vergangenheit und wenig mit der Zukunft. Dabei war er von einem Optimismus getragen, der mehr von den Wünschen als von den Tatsachen bestimmt zu sein schien.

Aus dem Bericht des Reichsfinanzministers über das laufende Rechnungsjahr 1932 ging hervor, dass man mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von 783 Millionen rechnet. Dieses Weniger-Aufkommen beruht im wesentlichen auf den Mindererträgen der Einkommensteuer von 270 und der Umsatzsteuer von 420 Millionen. Auch bei den Zöllen rechnet man mit Ausfällen. Das gesamte Minderaufkommen wird mit 800 Millionen veranschlagt, das etwa zu gleichen Teilen das Reich bzw. Länder und Gemeinden belastet. Dem stehen Erhöhungen der Ausgaben von etwa 300 bis 350 Millionen gegenüber. Sie sind nur zum kleineren Teil durch soziale Ansprüche hervorgerufen, z.B. Winterhilfe mit 40 Millionen. Für Instandsetzungen von Wohnungen, Strassenbau usw. wurden 40 Millionen, für die vorstädtische Kleinsiedlung 25 Millionen mehr verausgabt. Alle übrigen Mehrausgaben sind für Stützung der selbständigen Wirtschaft erforderlich geworden.

Der Fehlbetrag für das Reich von rund 800 Millionen setzt sich also zusammen aus Steuerausfall mit 400 Millionen, Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn mit 50 Millionen und Mehrausgaben von 300 bis 350 Millionen. Durch die Schuldentilgung in Höhe von 420 Millionen vermindere sich der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen, durch den neuen Fehlbetrag von 800 Millionen erhöhe er sich bis zum Schluss des Rechnungsjahres auf 2070 Millionen. Dieses finanzielle Ergebnis ist nach der Meinung des Finanzministers in Anbetracht der durchlebten schweren Krise erträglich und nicht allzu gefährlich. Besonders deshalb, weil Kassenschwierigkeiten infolge der Flüssigkeit des Geldmarktes bisher nicht bestanden haben und auch anzunehmen ist, dass die in den nächsten Monaten zu erwartenden Schwierigkeiten mit Sicherheit überwunden werden können.

Die Schulden des Reiches haben sich nicht wesentlich erhöht. Sie betragen am 31. März 1932 12 152 Millionen, am 31. Dezember 12 264 Millionen. Die Bürgschaften sind bis zum 1. Oktober 1932 auf 2146 Millionen gestiegen. Nennenswerte Verluste seien aus der Uebernahme der Bürgschaften nicht eingetreten. Der Minister wandte sich dann den finanziellen Massnahmen zu, die eine Vorbelastung der künftigen Jahre bedeuten. Hier spielten eine entscheidende Rolle die Schatzanweisungen für Stützungszwecke, deren Gesamtsumme 1207 Millionen betrage. Für die Jahre 1933 bis 1937 werde man aus diesen Schatzanweisungen für Stützungszwecke mit einer jährlichen Belastung von 125 bis 200 Millionen rechnen müssen. Dazu komme die Belastung aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Papen mit jährlich 115 Millionen in den Jahren 1933 bis 1935. Aus den Steuergutscheinen sei bei voller Inanspruchnahme in den nächsten fünf Jahren mit einer Belastung von jährlich 500 Millionen zu rechnen.

Danach ist die Vorbelastung in den Jahren 1934 und 1935 mit jährlich 740 Millionen besonders schwer und es scheint ausserordentlich optimistisch,

wenn der Reichsfinanzminister erklärte, dass diese Vorbelastung ihren Schrecken verliere, weil man mit einer Verminderung der Lasten für die Erwerbslosen und einer Vermehrung der Steuereinnahmen rechnen könne. Aus diesen Bemerkungen des Reichsfinanzministers aber scheint weiter hervorzugehen, dass die Regierung selbst für den Fall der Besserung einer Wirtschaftslage weder eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen noch eine Verminderung der gerade die untersten Schichten besonders schwer belastenden Massensteuern beabsichtigt.

Der Minister erklärte weiter, dass man den Haushaltsplan für 1933 noch nicht aufstellen könne, da ein richtiger Plan voraussetze, dass man seine Aufstellung so dicht wie möglich an den Beginn des nächsten Haushaltsjahres heranrücke. - In der Debatte über das Gesamtproblem der öffentlichen Finanzen, die mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird am Mittwoch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding das Wort nehmen.

SPD. Hannover, 10. Januar (Eig. Draht)

In den Landbezirken von Hannover betreiben die Kommunisten Bauernfang, der weder in den Methoden noch in den Mitteln von dem der Nazis zu unterscheiden ist. Stellenweise arbeiten Hitleristen und Stalinisten Hand in Hand. Keine phrasenhafte Versprechung und keine Lüge, die nicht die KPD getreulich von den Nazis übernommen hätte,

"Der Kleinbauernbund" hat jetzt an Hand reichhaltigen Materials die Methoden der KPD der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Es ist daraus zu ersehen, dass die kommunistischen Drahtzieher zu Propagandazwecken selbst nicht einmal davor zurückschrecken, die grossen Hofbesitzer gegen Landarbeiter und Kleinbauern zu unterstützen. So hatte beispielsweise "Der Kleinbauernbund", wegen rückständigen Lohnes, für einen Landarbeiter gegen einen Hofbesitzer in Stöck die Klage erhoben. Die später vom Gericht gegen den Hofbesitzer ausgesprochene Zwangsversteigerung wurde gemeinsam von Nazis und Kommunisten verhindert. Der Hofbesitzer ist Nazimann. Der arme Landarbeiter kann seinen sauer verdienten Lohn in den Schornstein schreiben. Diese und zahllose ähnliche Fälle illustrieren den "Klassenkampf" der KPD mit dem sie, genau wie Hitler, auf den Bauernfang gehen. Sie gehen dabei von der Erwartung aus, dass, wenn es ihnen gelungen ist die grossen Hofbesitzer einzufangen, sie auch die zum Gut gehörigen und abhängigen Landarbeiter miterben!

SPD. In Berlin haben die Kommunisten am Montag die in der Sylvester-
nacht von einem SA-Führer ermordete Näherin Martha Künstler begraben. Am
Dienstag begruben sie einen in der gleichen Nacht von einem Nazimann erstochenen Jungkommunisten.

Am Grabe sprachen in beiden Fällen Berliner Kommunistenführer, die Sowjetfahnen wurden gesenkt und alle Teilnehmer sangen mit erhobener Faust das Lied: "Bald werden wir die Rächer sein". In der "Roten Fahne" und allen KPD-Zeitungen seitenlange Artikel gegen die faschistischen Mörder und gegen die Hitlerpartei, in der sie zum Mord dressiert und von der sie zum Mord ausgeschiedt seien. Und immer und überall das Gelöbnis, die Mordnester auszüräuchern, den im Dunkeln stehenden Anstiftern und Hintermännern das Handwerk zu legen und den Führern der braunen Arbeitermörder die Maske vom Gesicht zu reißen.

Am Dienstag, zur Stunde als diese Artikel gelesen und die Reden gehalten wurden, befasste sich in Dresden der Rechtsausschuss des Sächsischen Landtages mit dem Antrag der Sozialdemokratie auf Aufhebung der Immunität

des Nazi-Abgeordneten Dr. Bennecke. Dieser Bennecke ist der Führer der Dresdener SA. Er ist der Vorgesetzte der Mörder des Hentsch. Das Material häuft sich, das ihn der Anstiftung des Mordes oder mindestens der Begünstigung der Mörder dringend verdächtig erscheinen lässt, Hinter diesen Fememord zu leuchten, seine Urheber zu ergründen, wie die Mörder nach Italien kommen konnten, wer ihnen Geld und Pässe gab und wer diese Mord- und Fluchtorganisation der Nazi-Partei leitet, es ist eine der notwendigsten und dringendsten Aufgaben im Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus.

Im Rechtsausschuss des Sächsischen Landtages haben alle Parteien für die Aufhebung der Immunität Benneckes gestimmt, selbst die Nazis, da ohnehin eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag vorhanden sein musste. Nur eine Partei stimmte für Bennecke und gegen die Einleitung des Strafverfahrens gegen ihn, indem sie sich der Stimme enthielt: die KPD! Jawohl: die Kommunistische Partei Deutschlands! Warum? Weil die Antiparlamentaristen und Moskauer Diktaturanbeter prinzipiell an der Immunität der Abgeordneten festhalten. Solidarität für Bennecke und die Arbeitermörder! So rächen die Helden die erschlagenen Arbeiter, so kämpfen sie gegen Hitler und den Faschismus. Sagt es weiter!!

SPD. Waldenburg, 10. Januar (Eig. Drahtb.)
In Waldenburg wurde der Kaufmann und frühere Stadtverordnete Walter Rohloff wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet.

Rohloff versieht ehrenamtlich die Funktion eines Schatzmeisters der evangelisch-lutherischen Kirche. Er hat in dieser Eigenschaft grosse Geldsummen veruntreut. Die vorläufige Höhe des von ihm unterschlagenen Betrages wird mit 43 000 Mark angegeben. Der Verhaftete hat insbesondere zahllose kleine Kirchensteuerbeträge unterschlagen und sich ausserdem an einem Teil des 10 000 Mark betragenden Schulzuschusses der Breslauer Regierung vergriffen. Seine Veruntreuungen reichen bis in das Jahr 1930 zurück. Die Art der Kassenführung des unzuverlässigen Schatzmeisters war geradezu skandalös. Zettel und Papierwische bildeten die Unterlagen, aus denen die Kirchengemeinde Waldenburg jetzt die Trümmer ihres Barvermögens sichten kann.

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)
Kammer und Senat sind am Dienstag-Nachmittag zu der ordentlichen Tagung des Jahres 1933 zusammengetreten. In der Kammer wurde deren bisheriger Präsident Bouisson mit 401 von 462 Stimmen wiedergewählt. Bouisson gehört der sozialistischen Partei an. Die nächste am Donnerstag stattfindende Sitzung ist der Antrittsrede Bouissons und der Festsetzung der Tagesordnung gewidmet. Der Senat wählt sein Präsidium erst am Donnerstag.

SPD. Halle, 10. Januar (Eig. Drahtb.)
Im "Spar- und Vorschussverein" der Eisenbahnbeamten des Bezirks Halle sind grosse Unterschlagungen festgestellt worden, an dem zahlreiche Hitler-Beamte beteiligt sind. Hunderte von Beamten sind um ihre Spareinlagen und Geschäftsanteile gebracht.

Die Vorstandsmitglieder, Reichsbahn-Oberinspektoren, -Obersekretäre und -Sekretäre der Sparkasse, haben sich gegenseitig Darlehen bis zu 20 000 Mark zugeschoben, für die keine Deckung vorhanden ist. Auch Verwaltungsgelder der Reichsbahn sind auf diese Art verschwunden. An einzelne Beamte wurden

30 - 50 000 Mark "ausgeliehen". Insgesamt soll die Reichsbahn um 90 - 100 000 Mark geschädigt sein. Die Mehrzahl der Betrüger sind eifrige Hitler-Anhänger.

Gleichzeitig wird ein zweiter Fall von Nazikorruption in Halle ruckbar. Nach wochenlangen kriminellen Ermittlungen ist der bisherige - der Nazi-partei angehörende, - Direktor des halleschen Schlacht- und Viehhofes Dr. Altenstein seines Dienstes enthoben und ein kommissarischer Direktor ernannt worden. Dieses Mustere exemplar von einem "Reiniger" hatte alte gelernte Arbeiter unter der Bezeichnung von Unredlichkeiten auf die Strasse geworfen und dafür übel beleumdete SA-Leute angestellt. Auf Rechnungen wurden Beträge gezahlt, die dem Geleisteten bei weitem nicht entsprachen. Das so ergaunerte Geld wurde in Nazikneipen vertan. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Nazidirektor Anklage erhoben.

SPD. Frankfurt/M., 10. Jan. (Eig. Draht.)
Der Mordprozess gegen die drei SA-Leute Stubenrauch, Arzt und Eich wegen gemeinsamer Ermordung der Geliebten des Stubenrauch hat eine sensatio-nelle Wendung genommen. Seit einigen Monaten und während des Prozesses haben die drei Angeklagten, im Gegensatz zu ihrem anfänglichen Geständnis eine Einheitsfront der Ablehnung gebildet und sich gegenseitig entlastet. Durch eine unbedachte Äusserung des Angeklagten Eich und einem Teilgeständnis dieses 17jährigen Angeklagten ist am Dienstag eine Bresche in diese Einheitsfront gelegt worden.

In der Dienstag-Nachmittagssitzung hatte ein Sachverständiger an den Hauptangeklagten Stubenrauch die Frage gestellt: "Haben Sie vom Ufer aus, als sie kurz vor dem Tode der Emma Busse dort mit ihr intim verkehrten, auf der Eisenbahnbrücke ihre Freunde beobachten können?" Als Stubenrauch diese Frage bejahte und ausdrücklich erklärte, dass er im Lichtkegel der Brückenslampe Gestalt und Gesicht des Eich genau erkannt hätte, sagte der neben Stubenrauch sitzende Angeklagte Eich: "Oh je, jetzt fällt er rein! Man kann das nicht sehen, ich habe das ausprobiert."

Als sich später das Gericht um 18 $\frac{1}{2}$ Uhr bei voller Dunkelheit zu einem Lokaltermin an der Mordstelle auf der Main-Neckarbrücke versammelt hatte, richtete der Staatsanwalt plötzlich an den jungen Eich die Frage: "Wann haben Sie das ausprobiert, dass man von da unten hier oben einen Radfahrer nicht sehen kann?" Ohne sich der Tragweite seiner Antwort bewusst zu werden, sagte Eich: "Im Sommer 1932!" Eich erklärte dann im einzelnen, dass er mit zwei Freunden eine Radtour gemacht habe, sie habe vorfahren lassen, um von dem Ufer aus zu beobachten, ob man die Radfahrer auf der Brücke sehen könne. Er habe dabei festgestellt, dass das unmöglich sei.

Durch diese Aussage des Eich ist erwiesen, dass die Mordkomplizen sich kurz nach der Tat einen genauen Plan ihrer Verteidigung zurechtgelegt haben. Nach dem Grund befragt, wiederholte Eich stammelnd und stockend nur immer die Worte: "Das war so e Idee von mir, so e komische Idee..." Auf die Frage des Staatsanwalts, warum Eich diese doch immerhin bedeutsame Beobachtung dem Stubenrauch nicht mitgeteilt habe, antwortete sein Anwalt für ihn: "Sie waren doch verzinkt!" Auch diese Bemerkung schliesst die Kette: Mordplan, Mord, verabredetes System der Ablehnung.

Das Urteil ist am Mittwoch in den Abendstunden zu erwarten.

SPD. Genf, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Mit der einstimmigen Wahl des belgischen Regierungsvertreters Professor Mahaim wurde am Dienstag-Vormittag die Vorbereitungskonferenz für die 40 Stunden-Arbeitswoche eröffnet. Die amerikanische Regierung hat es ausdrücklich abgelehnt, einen Delegierten zu entsenden, weil die Konferenz in Genf stattfindet. Sie lässt sich durch einen Beobachter vertreten. Anwesend sind 34 Delegationen mit 68 Delegierten und 75 technischen Beratern.

In seiner Eröffnungsansprache betonte Mahaim, die Welt erwarte viel von dieser Vorbereitungskonferenz. Sie sei eine Hoffnung für die Arbeiter, während die Unternehmer wegen der neuen Lasten genau die Tragweite der Arbeitszeitverkürzung wissen wollten. Die Regierungen wünschten eine Erleichterung der Lasten für die Arbeitslosigkeit. Man brauche nur an das grosse Elend in der ganzen Welt zu denken, um seine Pflicht als Delegierter zu erfassen.

Die Arbeitergruppe hat inzwischen beschlossen, bereits in der Generaldebatte eine Entschliessung vorzulegen, in der jede Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeiter durch die Verminderung der Arbeitszeit abgelehnt wird.

SPD. Hitler weilt seit Dienstag wieder in Berlin! Wie früher, so wohnt er auch diesmal in dem feudalsten Hotel der Reichshauptstadt, im Kaiserhof. In seiner Umgebung schwirren nicht weniger als ein Dutzend Lakaien herum.

Das Berliner Naziblatt behauptet, dass "der Zweck des nur kurz bemessenen Aufenthalts Hitlers eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten Goering sei, der soeben von einer Reise nach Schweden, wo er Verwandte hat, zurückgekehrt ist." Wo bleibt da die Würde des "Führers"? Der Inbegriff aller Autorität, wie die Nazis ihren Osef tagtäglich hinstellen, läuft plötzlich dem Ogruf Goering nach, unterbricht den Wahlkampf in Lippe und reist nach Berlin, statt Goering, wie es sich für einen "Führer" von seinem Schläge geziemt, nach dort "zu befehlen". Wo der Führer soviel Würdelosigkeit an den Tag legt, muss etwas los sein!

Es ist die Angst vor dem Wiederezusammentritt des Reichstags, die den "Kämpfer und Führer" unserer "aufbauwilligen Kräfte" nach Berlin getrieben hat. Während seine Presse tagtäglich ein Scheingefecht nach dem anderen gegen Schleicher aufführt, hat die nationalsozialistische Reichstagsfraktion der Schleicher-Regierung bisher das Leben ermöglicht. Die Sorge, dass dieses unehrliche Spiel im Reichstag von der Tribüne herab vor aller Öffentlichkeit entlarvt werden und der nationalsozialistischen Bewegung ein neuer Stoss versetzt werden könnte, hat den "Kämpfer" und "Führer" schon lange nicht schlafen lassen. Jetzt ist ihm ein neues Unheil widerfahren. Die Schwerindustrie hat dieser Tage von Hitler ihre Kredite, die in die Millionen gehen, zurückverlangt und ihn zugleich wissen lassen, dass sie unter den obwaltenden Umständen weitere Geldmittel nicht zur Verfügung stellen kann. Diese Situation hat den "Kämpfer" zu der Ueberzeugung gebracht, dass bis auf weiteres allen Kämpfen aus dem Wege gegangen und insbesondere eine Auflösung des Reichstags vermieden werden muss. Soviel versteht schliesslich auch der "Führer" von der Politik, dass mit Schulden bis an den Hals und mit einer Politik, die nach übelster Demagogie stinkt, keine Eroberungen gemacht werden können. Darum seine Reise nach Berlin. Sie bezweckt die Vermittelung des Wiederezusammentritts des Reichstags, dessen nochmalige Vertagung um mehrere Monate und die Vermeidung von Neuwahlen.

Natürlich möchte sich der "Führer" seine schlotternde Angst vor dem Zusammentritt des Reichstags noch möglichst hoch bezahlen lassen. Den Kaufpreis hat die Reichsregierung bisher nicht bekanntgegeben. Aber sie ist wie am Dienstag abend offiziell mitgeteilt wurde, zu Verhandlungen darüber bereit.

SPD. Köln, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Oberregierungsrat Dr. Josten aus Köln ist in den Bayerischen Alpen "einem Jagdunfall" zum Opfer gefallen. Josten war früher Landrat des Kreises Simmern im Hunsrück. Minister Severing versetzte ihn an das Oberversicherungsamt in Köln als bekannt wurde, dass sich Dr. Josten an dem berüchtigten Stahlhelm-Volksbegehren beteiligt hatte. Seit 1½ Jahren schwebte gegen Josten aus seiner Landratszeit ein Disziplinarverfahren wegen Veruntreuung von rund 300.000 Mark staatlicher Gelder. Der Kreissekretär, der an der Sache mitbeteiligt war, hat sich bereits im vorigen Jahr erschossen.

SPD. Halle, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Vier Mitglieder der hallenser Hitlerjugend, die ihrem inzwischen abgesetzten Führer Flickel die Scheiben eingeworfen hatten und von diesem bei der Polizei angezeigt worden waren, sind seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Anscheinend aus Angst vor der polizeilichen Verfolgung oder aber aus Furcht, von der Parteifeme "gehentzsch" zu werden. Unter den Verschwundenen befindet sich ein Gymnasiast, der von der Schule gewiesen wurde, vom Preussenkommissar Kähler aber amnestiert worden ist.

SPD. Wien, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

In Wien wurde am Dienstag wieder ein umfangreiches Sprengstofflager der Hakenkreuzler beschlagnahmt.

Durch die Anzeige eines von der Partei ausgeschlossenen SA-Mannes veranlasst, nahm die Polizei in einem Hause in Mariahilf eine Haussuchung vor. Sie fand 40 Pakete mit Amonit, der von Hakenkreuzlern aufgestapelt worden war. Gewisse Spuren deuten daraufhin, dass zwischen dieser Sprengstoffstelle der Wiener Hakenkreuzler und deutschen Nationalsozialisten enge Verbindungen bestehen. Die Polizei hat zwei führende Mitglieder der Wiener Nazis verhaftet und auf Grund des Sprengstofffundes in den späten Abendstunden des Dienstag das Braune Haus in Wien zum Zwecke einer Haussuchung besetzt.

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem Kabinettsrat analysierte Finanzminister Chéron den vom Sachverständigenausschuss ausgearbeiteten Bericht über die Sanierung der Staatsfinanzen.

Aus einem über den Kabinettsrat herausgegebenen Kommuniqué ist ersichtlich, dass die Sachverständigen das Budgetdefizit auf 10,5 Milliarden Francs geschätzt haben und der Finanzminister zu seiner Beseitigung Ersparnisse von 5,3 Milliarden Francs und neue Steuern in Höhe von 5,4 Milliarden vorschlägt. Um das Defizit der französischen Eisenbahnen zu verringern, sollen die Eisenbahntransportkosten herabgesetzt werden. Ferner sollen rechtliche Massnahmen zum Schutz der Sparer und zur Verringerung der Lebenshaltungskosten getroffen werden.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Stossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Die Freunde der Banditen.

SPD. Hitlers Banditen machen wieder die Strassen unsicher. Sie begehen nicht nur politische Bluttaten, sie rauben, sengen und brennen. Sie kennen dabei keine Parteien. SA-Mördern ist der deutschnationale Steinicke im Kreise Randow zum Opfer gefallen - aber seine Parteifreunde schweigen. Keine Stimme des Protestes aus dem Stahlhelmlager hat sich dagegen erhoben, dass SA-Leute sich als gewöhnliche Raubmörder entpuppt haben.

Die Niedertracht, die Feigheit, selbst das Verbrechen wird von den sogenannten "Nationalen" mit dem "nationalen Mäntelchen" zugedeckt. Sie duldet alles, sie nehmen alles hin - selbst das Abschlichten ihm eigener Leute!

Ein typischer Fall aus Coburg! Ein Stahlhelmann war bei der SA verhasst. Es wurde ihm gedroht, ihm "ein Messer in den Wanst zu rennen". Als er mit seiner Frau in einer Wirtschaft sass, wurde von der SA auf seinem Nachhausewege ein regelrechtes Mörderspalier aufgestellt, damit er ja nicht entkommen könne! Als der Mann mit seiner Frau heimging, lief er in das Netz hinein - wohin er sich auch wandte, stand ein Mörderposten! Schliesslich rannte ihm einer der Mordgesellen das Messer in den Leib, man stahl ihm obendrein das Portemonnaie und seiner Frau wurde ins Gesicht geschlagen!

Dieser Fall zeigt die Mordlust neben der Feigheit und die völlige Verkommenheit der Gesinnung. Dennoch rührt sich auch hier im Stahlhelm nicht die Stimme der Empörung und nicht das Gefühl, dass man sich von solchen Burschen distanzieren muss! Vielmehr hat die Stahlhelmleitung die NSDAP gebeten, für die Zukunft solche Ueberfälle zu unterbinden, sie hat an die Ritterlichkeit der NSDAP appelliert!

Das Verhalten von Deutschnationalen und Stahlhelmern den verbrecherischen Taten der SA gegenüber zeigt auf das Deutlichste, dass sie sich als Freunde der Banditen fühlen. Das Stahlhelmlut, das von Hitlers Banditen vergossen wird, ist der Tribut, den die sogenannten nationalen Leute für die Freundschaft des Verbrechergesindels bezahlen!

Es ist eine einfache Rechnung: die SA ist dazu da, um Marxisten abzuschlachten. Wenn dabei der eine oder der andere nationale Mann mit ums Leben kommt, so ist das lediglich ein Betriebsunfall. Eine solche Einstellung zeigt die Verbundenheit der sogenannten nationalen Leute mit dem Verbrechergeist, der sich immer stärker in Hitlers Banden breit macht!

Reklame.

Der Brand der "Atlantique" und seine Begleiterscheinungen haben die Schönheiten des kapitalistischen Systems aufgedeckt. Wie die Hyänen haben sich die Schlepper um das Wrack des Schiffes gedrängt, um die Bergungsprämien einzuhelmsen.

Auch noch auf anderem Gebiete machen sich die Hyänen des Schlachtfelds bemerkbar. Bei der Erörterung über die Ursache der Katastrophe ist mehrfach der luxuriösen Inneneinrichtung des Schiffes die Schuld gegeben worden. Man hat auf den Luxus an Wolle, Seide, Holztäfelung, Anstrich, Lacken usw. hingewiesen. Diesen Hinweis hat sich sofort die Reklame der Unternehmer zunutze gemacht. Plötzlich tauchte in der bürgerlichen Presse der Hinweis auf, wie nützlich es wäre, wenn auf Schiffen nur Stahlmöbel verwendet würden. Die Quelle des Hinweises war unverkennbar. Er ging auf die Stahlmöbelfabrikanten zurück.

Noch am selben Tage meldete sich die Konkurrenz. Der forstliche Pressedienst des Reichsforstwirtschaftsrates zog gegen die Stahlmöbelfabrikanten zu Felde. Es sei unsachlich, einen Werkstoff gegen den anderen auszuspielen man könne vielleicht Lazarettsschiffe und Kriegsschiffe nur mit Stahl und Blech ausstatten, aber keine Passagierschiffe.

So hat sich um die Katastrophe der "Atlantique" ein in der Öffentlichkeit ausgefochtener Konkurrenzkampf der Unternehmer entsponnen. Hie Stahl, hie Holz! lautet das Kriegsgeschrei.

Geschäft ist alles und die grosse Katastrophe hat deshalb sofort die Reklamechefs des Unternehmertums auf den Plan gerufen!

Hetze hinterher.

Eines der Opfer der Sozialistenhetze durch die Reichskommissare in der Preussischen Verwaltung ist Dr. Simons. Er hat den besonderen Zorn der Feudalreaktionäre auf sich gezogen, weil er bis zum August 1931 kommissarischer Regierungspräsident von Stettin war. Danach war Simons in gleicher Stellung in Schlesien, bis er der allgemeinen Massregelung sozialdemokratischer Beamter zum Opfer fiel. Jetzt kandidiert Simons für den Posten des zweiten Bürgermeisters von Dortmund. Diese Tatsache genügt, um eine neue Hetze der pommerschen Reaktionäre gegen ihn hervorzurufen.

Die "Pommersche Tagespost", das deutschnationale Organ von Stettin hetzt hinter ihm her mit hämischen Bemerkungen. Man erkennt daran, dass unter der Decke auch noch andere Fäden gezogen werden, um die Kandidatur von Simons in Dortmund zu durchkreuzen. Die Reaktion hat nicht genug davon, dass sie Sozialdemokraten aus der Staatsverwaltung herausgedrängt hat, sie will gleiche Gewaltmassnahmen nach Möglichkeit auch in den Gemeinden durchführen!

Der Hass, der aus dieser Hetze spricht, ist bezeichnend. Die Herrscher sind sich hoffentlich darüber im Klaren, dass sie damit den Boden für eine gründliche diesmal endgültige Abrechnung bereiten!

Den Kriegslüsternen zur Warnung!

In den gut nationalen "Hamburger Nachrichten" erzählt ein ehemaliger Obermaat von seinen Erlebnissen in der Skagerrak-Schlacht. Der Mann steht nicht im Verdacht, dass er mies machen wollte. Allen Jungen, die auf die Erzählungen vom frischföhlichen Krieg wieder hereinfallen, weil sie ihn nicht erlebt haben, empfehlen wir einige Sätze aus dieser Schilderung:

"Da ein furchtbares Krachen und Bersten über uns, ein Druck von heisser Luft und Hitze. Platt liegt alles an Deck. Ein kaum Achtzehnjähriger fängt bitterlich an zu weinen. Das Krachen der berstenden Granaten übertönt die menschlichen Stimmen, das Heulen und Pfeifen der Geschosse über uns nimmt kein Ende. Längst sind Pfeifen und Priemosen verschwunden, das Lachen auf den Gesichtern ist einem tiefen Ernst gewichen. Der Engländer feuert scharf, trifft, vernichtet. Die Situation ist eine andere, als wir sie uns gedacht. Es sind keine faulen Eier, die Verderben speien."

Wenn es erst zum neuen Kriege kommen würde, dann würde die Situation auch eine ganz andere sein, als sich die gedacht haben, die heute schon wieder intellektuelle Opfer der Kriegshetze geworden sind!

Aus aller Welt

Der Taucherkrieg.

Das Wettrennen der Bergungsgesellschaften um den Schatz der "Tubantia" -
Gold im Käse - Gefechte auf dem Meeresboden.

SPD. Die Tragödie der "Atlantique" offenbarte in ihrem Schlussakt wieder einmal vor aller Welt die Profitsucht kapitalistischer Unternehmungen. Holländische und französische Bergungsdampfer stritten sich in geradezu schamloser Weise um den fetten Bissen, den das noch brennende, führerlos treibende Wrack für sie darstellte. Die bürgerliche Presse tat vielfach so, als ob dieses Schauspiel etwas ganz Aussergewöhnliches sei, und bedauerte nur, dass dieser Kampf um den Profit so unverhüllt ausgefochten wurde.

Vor kurzem spielte sich, von der grossen Oeffentlichkeit kaum bemerkt, ein Drama in der Nordsee ab, das diesen Kampf der Bergungsgesellschaften noch besser kennzeichnet. Während des Weltkrieges war das holländische Frachtschiff "Tubantia" von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die Schiffspapiere hatten als Ladung den in Holland besonders beliebten Käse verzeichnet, der, in Kisten verpackt, die Schiffräume füllen sollte. Nach und nach verbreitete sich das Gerücht, die Deutschen hätten sich mit der "Tubantia" eine ansehnliche Ladung Gold im Werte von 40 Millionen Mark entgehen lassen. Nach dem Kriege, nachdem die Nordsee von den Minen des Weltkrieges freigeworden war, begann ein Wettrennen nach dem Goldschiff auf dem Meeresgrunde. Zahlreiche Dampfer beteiligten sich daran, ohne Erfolg zu haben, bis es einer französischen in Le Havre beheimateten Gesellschaft gelang, die Position des gesunkenen Schiffes einwandfrei festzustellen. Bergungsdampfer wurden ausgeschickt, Taucher gingen in die Tiefe und drangen auch in das Wrack ein. Aber die Kisten, die sie an das Tageslicht förderten, enthielten nichts als Käse. So endete der so erfolgreich begonnene Versuch mit einer grossen Enttäuschung. Die aufgewendeten Gelder, die sich millionenfach verzinsen sollten, waren nutzlos vertan.

Nach diesem Fehlschlag wurde es wieder still um die "Tubantia", und es gab die Leute, die das Gold dieses Schiffes für einen aufgelegten Schwindel erklärten. Dann aber wurde bekannt, dass das Gold in der Käseladung versteckt sei, und dass man es finden müsse, wenn man die ganze Ladung berge. Daraufhin unternahm eine andere französische Gesellschaft von neuem den Versuch, den versunkenen Schatz zu heben. Aber kaum war ihr Bergungsdampfer an der betreffenden Stelle der Nordsee erschienen, da tauchte am Horizont die Rauchfahne eines anderen Schiffes auf, das ebenfalls Kurs auf den Schiffsort der "Tubantia" nahm und sich alsbald als ein italienischer Bergungsdampfer enthüllte; den das Gold der Nordsee von den besonnten Küsten Italiens in das Grau des nordischen Meeres gelockt hatte.

Die Franzosen waren wütend, dass sie ihren Fischzug nicht allein ausführen konnten, und die Italiener betrachteten es als eine Infamie des Schicksals, dass sie den weiten Weg umsonst gemacht haben sollten. Keiner der beiden war bereit, zu weichen; jeder wollte seinen Teil an der Beute. So begann denn ein Hasten und Jagen, ein irrsinniges Arbeiten - bei dem man aber nicht vergass, den Gegner misstrauisch zu betrachten. Zwischen den Mannschaften der beiden Bergungsdampfer entwickelte sich eine regelrechte Feindschaft. Wo man

nur irgend konnte, störte man die Arbeiten des Anderen. So ging man dazu über, nächtlicherweile die Führungsboote für die Taucher anzubohren, sodass sie unbenutzbar wurden, so schnitt man sich gegenseitig die Leinen entzwei, die vom Taucher zur Oberfläche führen. Und als, allem Schabernack zum Trotz, dennoch jeder auf der Stelle blieb und weiter wirkte, versuchte man einzelne Leute der beiden Mannschaften zu bestechen, um das Bergungsgerät durch diese gekauften Verräter zerstören zu lassen. Wenn es z.B. gelang, die Luftpumpen für die Taucher unbrauchbar zu machen, dann musste man einen Vorsprung vor dem Gegner kriegen. Jedes Mittel war recht, wenn es die eigenen Arbeiten förderte und die des anderen hemmte oder gar unmöglich machte.

Als der an der Oberfläche geführte Kampf das Eindringen der Taucher in das Wrack nicht hindern konnte, wurde der Kriegsschauplatz auf den Meeresgrund verlegt. Die Taucher ließen sich in der Tiefe erbitterte Gefechte. Bei einem dieser Kämpfe schlug ein französischer Taucher seinem italienischen Kollegen den Taucherhelm entzwei, sodass der Mann dem vollen Druck der Tiefe ausgesetzt war, ohne den Schutz des Taucheranzuges zu haben. Nachdem man ihn an die Oberfläche geholt hatte rang er vier Tage mit dem Tode.

Die Italiener blieben - auch als es angeblich unbeabsichtigte Sprengungen am Wrack gab, die immer dann ausgeführt wurden, wenn ihre Mannschaften noch an Schiffe arbeiteten. Aber eines Tages dampften dann die Franzosen ab und riefen das Gericht an, das nach langem Hin und Her zu ihren Gunsten entschied, weil sie zuerst an der Stelle der "Tubantia" eingetroffen seien. Aber die Franzosen nahmen die Arbeiten nicht wieder auf, weil die Unkosten inzwischen zu hoch geworden waren. Indes steht eine Wiederholung dieses wahnwitzigen Kampfes auf dem Meeresgrunde bevor, da andere, vor allem spanische Gesellschaften, nach dem Golde der "Tubantia" suchen wollen. An dem Beispiel der Bergungsgesellschaften haben wir einen Anschauungsunterricht über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, der kaum noch einer besonderen Erläuterung bedarf.

-8.

+ + +
Anklage gegen Brolat. Die Staatsanwaltschaft III Berlin erhob die Anklage wegen Meineids gegen den früheren BVG-Direktor Brolat. Brolat soll im Zusammenhang mit der Sklarek-Affäre am 30. Oktober 1929 unrichtig zu Protokoll gegeben haben, dass er seit Dezember 1928 bei der Firma Keller & Furch unmittelbar gekauft, dass er die Stadtbankdirektoren nur dienstlich gekannt und von den Sklareks im allgemeinen weder Geschenke erhalten noch welche gemacht habe.

+ + +
10 000 Mark unterschlagen. In Berlin wurde der 35jährige Buchhalter Heinrich R., Angestellter eines grösseren Industrieunternehmens, unter der Beschuldigung 10 000 Mark unterschlagen zu haben, verhaftet. Der ungetreue Angestellte hat das Geld verjubelt. Seine Verfehlungen verstand er jahrelang durch Falschbuchungen zu verdecken; eine unvermutete Kassenrevision brachte die Veruntreuungen zutage.

+ + +
"Malygin" verloren. Die Lage des im Nordmeer verunglückten russischen Eisbrechers "Malygin" verschlimmert sich von Tag zu Tag. Das Schiff hat bereits derartig Schlagseite, dass die Pumpen nicht mehr angesetzt werden können. Der "Malygin" muss verloren gegeben werden.

+ + +
Hinkler vermisst. Der englische Flieger Hinkler, der vor einigen Tagen mit Rekordabsichten nach Australien startete, wird vermisst. Seit seinem Aufstieg vom Londoner Feltham-Aerodrom fehlt jede Nachricht von ihm. Hinkler flog allein. Er hat den Flug aus eigenen Mitteln finanziert.

+ + +

Der gelehrte Bäcker. Ein Bäckermeister aus Neuwied (Rheinland) promovierte zum Doktor rer.pol.; das Zeugnis eines Diplomingenieurs erwarb er schon vor längerer Zeit.

Der Schiffsarzt. An der Südspitze von Laaland bargen dänische Fischer den Leichnam des Niobe-Arzt Dr. Sander. Der Tote wird in seiner Heimat Hofgeismar bei Kassel beigesetzt werden.

Bruder und Schwester. In Berlin-Charlottenburg schieden ein 61jähriger Kaufmann und seine 55 Jahre alte Schwester durch Gasvergiftung gemeinsam aus dem Leben. Hinterlassene Briefe melden das Motiv ihres Freitods: Wirtschaftssorgen.

Ski-Marken. Die österreichische Postverwaltung gibt gelegentlich der Internationalen Skirettkämpfe in Innsbruck vier verschiedene Briefmarken-Sortier heraus. Die Postwertzeichen zeigen Bilder von Skifahrern.

Mord. In Beuthen wurde eine 81jährige Schuhmacherwitwe ermordet aufgefunden. Der Täter ist noch nicht gefasst.

Bergwinter. Im Riesengebirge und in Oberbayern schneit es seit Montag mit nur geringen Unterbrechungen. Am Riesengebirgskamm beträgt die Neuschneehöhe 30 bis 40 cm; im bayerischen Hochgebirge 30 bis 50 cm. Der Sportbetrieb ist überall in vollem Gange.

Theaterjubiläum. Das Weimarer Deutsche Nationaltheater feierte sein 25jähriges Bestehen mit der Wiederholung seines auf Goethe, Schiller und Wagner aufgebauten Eröffnungsprogramms.

Anfang der Ehe 1933. Vor dem Standesamt Schwanendorf fiel ein Arbeitsloser während seiner Trauung ohnmächtig um. Ein Arzt erklärte den Schwächerzustand: Hunger...

Neues Premnitz-Unglück. Bei einem neuen Explosionsunglück im Premnitz-Rathenower Werk der I.G. Farben wurden ein Arbeiter schwer, zwei leicht verletzt.

Brände in Mecklenburg. Durch Grossfeuer wurden in der mecklenburgischen Stadt Marlow drei Wirtschaftsgebäude eingeäschert. In Pölitz kamen auf einem Bauernhof 18 Kühe in den Flammen um.

Gegen die Rundfunkreaktion. Der "Sozialistische Kulturbund" veranstaltete im Plenarsaal des Berliner Herrenhauses eine eindrucksvolle Kundgebung gegen die geistige und moralische Rückständigkeit des deutschen Rundfunks. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Siegfried Aufhäuser und der linksbürgerliche Schriftsteller Dr. Alfons Paquet-Frankfurt/Main kennzeichneten mit scharfen Worten das bewusst nationalistische und militaristische Rundfunkprogramm. Ihrem Verlangen, die Sender zu Instrumenten eines wahren Kulturwillens umzubilden und auszubauen, wurde in einer gegen einige kommunistische Störer einmütig angenommenen Entschliessung Ausdruck gegeben.

Reinhardt hilft. Professor Max Reinhardt wird wieder leitend und vor allem inszenierend in die Geschicke des "Deutschen Theaters" in Berlin eingreifen. Unter der Direktion Beer-Martin jagte ein geschäftlicher, künstlerischer und politischer Misserfolg den andern. Es war bereits die Schliessung des Theaters erwogen worden.

Wirtschaft Technik Ganzen

Kaltstellung Silverbergs.

Umgruppierung in der deutschen Schwerindustrie.

SPD. Als vor einigen Tagen die Riesenfusion zwischen der Rheinischen Braunkohle und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) bekannt wurde, war man allgemein der Auffassung, dass es sich wiederum um eine gigantische Aktion des rheinischen Industriellen Paul Silverberg handelte, der sowohl bei der Rheinischen Braunkohle als beim RWE eine Rolle spielt. Man hat die Fusion auch ausschliesslich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bewertet. Jetzt wird bekannt, dass dabei persönliche und politische Motive ausschlaggebend waren. Die Verhandlungen sind so geheim geführt worden, dass selbst Dr. Silverberg von ihnen nichts wusste. Wie jetzt durchsickert, soll man Silverberg eines guten Tages vor vollendete Tatsachen gestellt haben, und es ist ihm nichts anderes übrig geblieben, als sich mit der neuen Situation abzufinden. Danach läuft die ganze Aktion auf eine Kaltstellung Silverbergs hinaus und der radikale Flügel in der westdeutschen Industrie, der sich durch Vertreter wie Thyssen, Springorum und Reusch am besten charakterisiert, hat gegenüber dem gemässigten Flügel, als dessen Führer man Dr. Paul Silverberg betrachten kann, die Oberhand gewonnen. Im Rahmen der Vorstösse, die die Schwerindustrie seit Tagen in Gemeinschaft mit den Grossagrariern gegen das Kabinett Schleicher unternimmt, ist das äusserst interessant und wichtig.

Unter den rheinisch-westfälischen Industrieprominenten nimmt Dr. Paul Silverberg ohne Zweifel eine Sonderstellung ein. Er hat des Öfteren bewiesen, dass er nicht gewillt ist, sich mit der durchschnittlichen und berüchtigten Industrieprominenz aus Rheinland und Westfalen in einen Topf werfen zu lassen, hat gezeigt, dass er Ideen hat, und seine Projekte, die er mit vieler Sachkenntnis zu verteidigen versteht, verraten eine nicht gewöhnliche konstruktive Begabung. Geist und Wissen hätten die Kohlenbarone dem "getauften Juden" - sein Vater war Kommerzienrat und gründete mit dem zentrümlichen Justizrat Trimborn die bekannte Grubengesellschaft Fortuna bei Köln - schliesslich verziehen. Aber Silverberg hatte dazu Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis. Er wollte in der Wirtschaft und in der Politik etwas bedeuten. Das ist ihm gelungen, wenn auch unter schweren Opfern. Man sagt ihm nach, dass er den 100 Millionen-Steinkohlenkonzern Harpen nur deshalb aufgekauft habe, um in der westfälischen Steinkohle, auf dem geheiligten Boden der Montanbarone, Fuss zu fassen. Die rheinische Braunkohle, am Rande des westdeutschen Industriebezirks gelegen und nach allgemeiner, wenn auch falscher Auffassung doch nur ein Anhängsel der westdeutschen Montanwirtschaft, genügt ihm nicht. Als massgebender Mann beim RWE und beim Harpenkonzern hat er dann alle Ehren erhalten, nach denen er geizte. Er kam in das rheinisch-westfälische Steinkohlen-syndikat, in die Kölner Handelskammer, den Wirtschaftsrat, in Dutzende von Aufsichtsräten und schliesslich zog er in den Reichsverband der Deutschen Industrie ein. Jetzt stand er auf dem Gipfel seiner Macht. War aber damals schon der schwerindustriellen Clique in Westfalen, den Leuten vom Stahltrust, zu mächtig geworden. Die Feindschaft brach offen aus, als sich Dr. Paul Silverberg auf der Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

in Dresden vor einigen Jahren dazu bekannte, auf dem Boden der Republik mit den Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Ihm schwebte eine von jenen Arbeitsgemeinschaften vor, die damals im industriellen Lager lebhaft erörtert wurden. Seine Projekte zeigten alle Mängel des grosskapitalistischen Theoretikers und der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, nahm Gelegenheit, für die moderne Arbeiterbewegung dazu zu sagen, was gesagt werden musste. Praktische Folgen hat das Dresdner Bekenntnis Silverbergs kaum gehabt. Er hat die unglaublich primitive und kindische Radikalisierung seiner Standesgenossen nicht verhindern können, hat nicht verhindern können, dass Leute wie Fritz Thyssen, die nicht übermässig mit Geistesgaben gesegnet sind, "führend" wurden. Die Thyssen und Konsorten haben ihm aber seine Dresdner Rede niemals verziehen. Wenn sie ihn jetzt durch die Fusion RWE + Rheinische Braunkohle aus der Führung der westfälischen Industrie ausgeschaltet haben, so ist das mit die Rache für Dresden.

Den letzten Erfolg hat Dr. Paul Silverberg erlebt, als ihn der kürzlich verstorbene Grossfinanzier Louis Hagen aus Köln zu seinem Nachfolger im Bankhaus A. Levy in Köln bestimmte, von wo aus sich die Möglichkeit eines ausschlaggebenden Einflusses auf die grossen Finanztransaktionen der westdeutschen Industrie ergibt. Aber bei A. Levy scheint auch nicht alles so zu klappen, wie es müsste. Den grössten Fehler hat Silverberg aber gemacht, als er die Majorität bei der Rheinischen Braunkohle aus der Hand gab, um den Harpenkonzern zu kaufen. In diese Würde haben die Stahltrustleute gestossen, mit vollem Erfolg, wie sich jetzt zeigt. Dr. Paul Silverberg ist kaltgestellt. Mit ihm ist der gemässigte Flügel in der Schwerindustrie unterlegen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass das der Beginn einer folgenschweren Umgruppierung in der deutschen Industrie ist. Politisch dürfte diese Wendung von allergrösstem Gewicht sein.

SPD. Die Diskussion über die abbröckelnden Viehpreise zeigt in der letzten Zeit mancherlei Verwirrung und Verirrung. So hat jetzt eine Oekonomierat Schlote in einer von der landwirtschaftlichen Kreiskommission Usedom-Wollin einberufenen Versammlung den Vorschlag gemacht, den Berliner Markt zu bestreiken. Durch engen Zusammenschluss der Landwirte müsse ein wirtschaftlicher Machtfaktor gebildet werden. Als letzter Ausweg bleibe nur der Streik in der Viehbelieferung.

Der Vorschlag des Oekonomierats Schlote erinnert an jenes klassische Wort von Fritz Reuter, wonach die grosse Armut von der Pauverte (ein französisches Wort, das Armut bedeutet) stamme. Wenn der Herr Oekonomierat sich einmal um den Zusammenhang zwischen dem Berliner Viehmarkt und dem Berliner Fleischgroszmarkt kümmern wollte, dann würde er bald merken, dass sein Vorschlag, der städtischen Bevölkerung Viehpreise diktieren zu wollen, helle Wahnsinn ist. Die städtische Bevölkerung möchte schon gern Fleisch essen und sie ist auch bereit, einen auskömmlichen Preis für Fleisch zu zahlen, aber die Einkommen sind derart gesunken, dass ein grosser Teil der städtischen Bevölkerung kein Fleisch kaufen kann. Dagegen ist mit einem Viehstreik nichts zu machen. Die Landwirtschaft muss aber einsehen, dass sie alle Ursache hat, die Bestrebungen jener Gruppen in der Arbeiterschaft, also der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, zu unterstützen, die darauf hinauslaufen, das Einkommen der industriellen Arbeiterschaft zu steigern. Ist das der Fall, dann kann wieder Fleisch gegessen werden und die Nachfrage und die Preise für Vieh können sich steigern. Ausserdem täte der Oekonomierat Schlote sehr gut, wenn er sich für eine Verbilligung der von den Grossagrariern übertheuerten Futtermittel einsetzen würde. Warum predigt der Herr Oekonomierat hier keinen Streik?

SPD. In der ersten Januarwoche ist bei der Reichsbank eine starke Entlastung eingetreten. Die Ausleihungen gingen um 375,1 Millionen Mark auf 3004,5 Millionen Mark zurück, der Wechselkredit verminderte sich allein um 281,2 Millionen Mark auf 2 524,3 Millionen Mark. Bei der Währungsreserve liegt eine kleine Erhöhung um 300 000 Mark auf 920,4 Millionen Mark vor. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen besserte sich von 25,8 % am Jahresende auf 27,3 am Schluss der Januarwoche.

SPD. Der vom Reichsstatistischen Amt berechnete Aktienindex hat von 63,14 am Jahreschluss auf 63,51 in der ersten Januarwoche angezogen. Für den Monat Dezember macht der Aktienindex 61,75 aus. Der Index der 6%igen festverzinslichen Wertpapiere steigerte sich in der ersten Januarwoche von 79,33 auf 80,28; der Dezemberdurchschnitt wird mit 76,32 angegeben.

SPD. Die Berliner Butternotierungskommission hat am Dienstag den Butterpreis abermals herabgesetzt und zwar um 2 Mark pro Zentner. Die Notierungen lauten jetzt für I. Qualität auf 90 Mark, für II. Qualität auf 83 Mark und für abfallende Ware auf 76 Mark. Die letzte Ursache für das Absinken des Butterpreises trotz aller Zollerhöhungen und Einfuhreinschränkungen ist die mangelnde Kaufkraft der Konsumenten. Auch der starke Preisrückgang seit Weihnachten hat die Nachfrage nicht steigern können. Für Berlin liegen die Dinge insbesondere auch so, dass grosse Vorräte aus den Kühlhäusern jetzt an den Markt kommen. Man hatte bis jetzt gehofft, diese Vorräte an die Margarineindustrie abstoßen zu können. Nun hat sich aber die Durchführung des Butterbeimischungszwangs verzögert, sodass den Besitzern nichts anderes übrig geblieben ist, als die Kühlhausbutter auf den freien Markt zu bringen.

SPD. Der Umsatz im Stahltrust hat sich im vierten Vierteljahr 1932 - um rund 11 % - gebessert. Er stieg von 124,7 im dritten Vierteljahr 1932 auf 138,27 Millionen Mark an; davon entfallen 51 Millionen Mark auf Lieferung nach dem Ausland. Im vierten Vierteljahr 1931 machte der Gesamtumsatz 144,21 Millionen Mark aus (Auslandsumsatz 62,18 Millionen Mark). Der Auftragsbestand wird für Ende Dezember 1932 mit 90 % des Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1931/32 angegeben.

Die Kohlenförderung stieg, immer vom dritten Vierteljahr 1932 zum vierten Vierteljahr 1932, von 3,38 Millionen Tonnen auf 4,076 Millionen, die Koksproduktion von 897 000 Tonnen auf 1,078 Millionen Tonnen, die Roheisenproduktion von 453 000 Tonnen auf 595 000 Tonnen und die Rohstahlherstellung von 444 000 Tonnen auf 667 000 Tonnen.

Die Produktionssteigerung hat nur eine begrenzte Steigerung der Belegschaften zur Folge gehabt. Die Gesamtbelegschaft beim Stahltrust betrug Ende 1931 = 84 512 Mann, Ende September 1932 = 81 768 Mann und Ende Dezember 1932 = 88 893, die Zahl der Angestellten Ende 1931 = 12 659, Ende September 1932 = 11 343 und Ende Dezember 1932 = 11 112. Im Steinkohlenbergbau waren Ende Dezember 1932 = 39 670 Mann beschäftigt, Ende September 1932 = 37 420 und Ende Dezember 1931 = 42 210, Angestellte im Bergbau Ende Dezember 1932 = 3 393, Ende September 1932 = 3 441 und Ende Dezember 1931 = 3 859.

SPD. Der vor einigen Monaten in der Nähe von Amsterdam durch Selbstmord geendete (angeblicher Autounfall) Grosspekulant und ehemaliger Grossta-
bakkieferant für die wilhelminische Armee Martin Sternberg - wer entsinnt sich nicht mit Grausen des Sternbergschen Tabaks für Heer und Flotte aus der Kriegszeit? - erhält durch den Rechenschaftsbericht des holländischen Konkursverwalters einen bezeichnenden Nachruf. Nachdem Sternberg das deutsche Volk noch einmal während der Inflation im grossen Stil ausgeplündert hatte, wechselte er nach Holland über, wo er u.a. eine Bank aufmachte. Der Konkursverwalter muss feststellen, dass es bei dieser Bank etwa elf Millionen Mark Schulden gibt, ohne dass wesentliche Aktiven vorhanden sind. Alles sei auf Bluff und Täuschung des Publikums eingestellt gewesen. Leider hat Martin Sternberg, nachdem er nach Holland zog und dort die Staatszugehörigkeit erwarb, seine für ihn segensreiche Tätigkeit in Deutschland nicht eingestellt. Gegenwärtig wird er wieder im Zusammenhang mit dem Skandal bei den Lingnerwerken in Dresden genannt, die er ebenfalls nach seiner Manier behandelte. Ueber diese Manier sagt der holländische Konkursverwalter, dass er die Unternehmungen in Deutschland, die er irgendwie kontrollierte, regelrecht ausräuberte, die wertlos gewordenen Aktien zu hohen Preisen an gesunde Unternehmungen verkaufte, diese dann in der Folge ebenfalls unter seine Kontrolle brachte und ebenfalls ausräuberte. Das gelte für die Düsseldorfer Baubank, für den Breitenbacher Hof in Düsseldorf, für die Disch A.G. in Köln usw.

SPD. Die Neujahrshausse an der Berliner Wertpapierbörse scheint sich totgelaufen zu haben. Am Dienstag fehlten Publikumskäufe fast völlig. Am Aktienmarkt waren Montanwerte wieder mal bevorzugt und zwar konnte man beobachten, dass die Aktien der I.G. Farben gegen Montanwerte getauscht wurden. Stahlverein schlossen mit $35 \frac{1}{8}$ nach $34 \frac{1}{4}$, RWE konnten von $90 \frac{7}{8}$ auf $92 \frac{3}{8}$ anziehen. Im übrigen war die Kursbildung durchaus einheitlich. AEG fielen von $32 \frac{3}{8}$ auf $31 \frac{3}{8}$, Orenstein & Koppel zogen dagegen von 44 auf $45 \frac{3}{8}$ an, Kommunalobligationen konnten um 2 % gewinnen. Der Markt für Pfandbriefe hielt sich freundlich. Stadtanleihen lagen nach wie vor fester, wobei die Papiere der Stadt Berlin weiter eine Ausnahme machten. Auffallend ist der Kursrückgang bei Neubezugsanleihe von 9 auf 8,50. Hier war in den letzten Tagen ein bekanntes Kölner Bankhaus Käufer, das am Dienstag seine Käufe eingestellt hat.

Berliner Viehmarkt.

(10. Jan.)

SPD. Am Dienstag gab es fast durchweg glattes Geschäft, wobei nur der Rindermarkt eine Ausnahme machte. Hier genügten die Zufuhren. An anderen Märkten bestand dagegen starker Bedarf, der z.B. am Schweinemarkt nicht ganz befriedigt werden konnte. Am Schweinemarkt waren rund 11 000 Tiere aufgetrieben. Die Beschickung war also recht reichlich ausgefallen. Der Handel in Schweinen war in allen Klassen bei anziehenden Preisen lebhaft.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 39 (37), b) 240-300 Pfd. 39 (37), c) 200-240 Pfd. 37-39 (35-37), d) 160-200 Pfd. 36-37 (33-35), e) 120-160 Pfd. 33-35 (31-33), Sauen 34 - 36 (34). Schafe: a) 31-32 (32-33), b) 28-30 (29-31), c) 26-27 (27-28), d) 17-25 (15-25).

Wieder schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Januar)

SPD. Am Lieferungsmarkt verloren die Brotgetreidepreise rund $1\frac{1}{2}$ Mark, während am Promptmarkt die Weizennotiz um eine Mark abbröckelte. Die schwächere Haltung bringt man damit zusammen, dass die Landwirte angesichts der trockenen Witterung Gelegenheit nehmen, mehr Getreide auszudreschen. Auch haben sich mit dem neuerlichen Absinken der Preise für kanadischen Weizen die Exportaussichten wieder einmal verschlechtert.

	9. Jan.	10. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	187 - 189	186 - 188
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 117	113 - 116
Weizenmehl	23,00 - 26,10	23,00 - 26,10
Roggenmehl	19,40 - 21,70	19,40 - 21,70
Weizenkleie	8,80 - 9,10	8,75 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 205 - 204 $\frac{1}{2}$ (206 $\frac{1}{2}$), Mai 207 - 206 $\frac{1}{2}$ (208 $\frac{1}{2}$), Roggen März 165 - 164 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$), Mai 167 $\frac{1}{2}$ - 167 (169), Hafer März - bis 123 $\frac{1}{2}$ - 123 $\frac{1}{2}$ Brief (125), Mai 126 - 126 Brief () .

Raufutternotierungen.

(10. Januar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RA	0,55 - 0,70
" " Weizenstroh	RA	0,40 - 0,50
" " Haferstroh	RA	0,40 - 0,50
" " Gerstenstroh	RA	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	RA	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RA	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	RA	0,40 - 0,50
Häcksel Tendenz: matt	RA	1,10 - 1,30
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RA	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	RA	1,75 - 2,10
Luzerne, lose	RA	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	RA	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	RA	2,10 - 2,40
Mielitz=Heu, lose, rein	RA	"
" " " (Havel)	RA	"
Drahtgepresstes Heu	RA	0,40 über Notiz

Tendenz: still.

Gewerkschaftliche Rundschau

Technokratie.

Nur ein neues Schlagwort?

SPD. In Genf hat am Dienstag die Vorkonferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit ihre Beratungen begonnen. Die deutsche Grossunternehmerpresse erklärt furchtbar klug und weise, sozialpolitische Bindungen setzten eine Gleichmässigkeit der wirtschaftlichen Bedingungen voraus. Das Fehlen dieser Bedingungen werde ja gerade jetzt zum Ausgangspunkt einer Weltwirtschaftskonferenz genommen. Solange die Völker nicht aus dem zerstörenden gegenseitigen Kampf, aus der selbstmörderischen gegenseitigen Abschliessung herauskämen, seien alle anderen Bemühungen, die sich wie die Arbeitszeitverkürzung nur an Symptome der Krise halten, ziemlich hoffnungslos. Die klugen Ratgeber der Schwerindustrie haben also noch immer nichts davon gehört, dass durch die moderne Technik eine ungeheure Freisetzung von Arbeitskräften herbeigeführt worden ist. Die Technisierung der menschlichen Arbeit ist heute eine in allen führenden Industrieländern gleichmässig gegebene Vorbedingung zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Auch der Bericht des internationalen Arbeitsamtes an die gegenwärtig tagende Arbeitszeitkonferenz enthält eine Reihe von Zahlen, die deutlich das Ausmass der durch die Technik verursachten Arbeitslosigkeit erkennen lassen. Die auf einen Arbeiter in Deutschland entfallende Triebkraft stieg von 0,9 PS im Jahre 1907 auf 2,8 PS im Jahre 1925. Sie ist inzwischen weitergestiegen. In den Vereinigten Staaten stieg sie von 3,26 PS im Jahre 1919 auf 4,65 PS im Jahre 1927. Charakteristisch an dieser Entwicklung ist vor allem die gesteigerte Produktion elektrischer Triebkraft und ihr relativer Anteil an der Gesamtproduktion von Triebkraft. Der Anteil der elektrischen Triebkraft innerhalb der Gesamtmenge mechanischer Triebkraft, die in der Industrie Verwendung fand, betrug in Deutschland 1907 18,54 v.H. und stieg bis zum Jahre 1925 auf 40,14 v.H.

Die Arbeiterorganisationen bleiben dabei, dass die technologische Arbeitslosigkeit einen grossen Anteil am Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit hat. Sie finden in ihrer Haltung weitgehend Unterstützung und Bestätigung in der neuen in Amerika entstandenen Bewegung der Technokraten, die unter Führung von Dr. Howard Scott, eines Ingenieurs, die Auffassung vertreten, dass schon heute eine ungeheure Mass dauernder Arbeitslosigkeit auf die Folgen der technischen Entwicklung entfalle. Eine Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess sei selbst bei einer Ueberschreitung des Konsums den Prosperitätsjahre nicht zu erwarten, wenn nicht eine beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit eintrete. Zum Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung weisen die Technokraten daraufhin, dass in 7 000 Jahren, d.h. seit den Pharaonen bis zur Wende des 19. Jahrhunderts in bezug auf Arbeit und Arbeitsleistung keine wesentlichen Veränderungen eingetreten seien. Eine maschinelle Produktion habe erst nach 1800 allmählich eingesetzt, aber die in höchstem Mass vervollkommenen Maschinensautomaten mit ihrer ungeheuren Produktionskapazität seien erst 20 Jahre alt. Ein Arbeiter in einer Glühlampenfabrik leiste heute in einer Stunde dasselbe wie in 9 000 Stunden im Jahre 1914. Moderne Zigaretten-

maschinen hätten eine Minutenleistung von 2500 Zigaretten. In den neuesten Getreidemöhlen in Minneapolis genüge ein Arbeiter, um ein tägliches Mahlen von 30 000 Barrels Mehl zu überwachen. In einer modernen Ziegelei betrage die tägliche Produktionsleistung eines Arbeiters 400 000 Ziegelsteine. Ähnliche Veränderungen haben die Technokraten in der Landwirtschaft festgestellt. Heute leiste hier ein Mann in einer Stunde dasselbe, wozu er im Jahre 1840 3 000 Stunden benötigt habe.

Angesichts dieser Tatsachen - sagen die Technokraten, die weder Gewerkschafter, noch Sozialisten, sondern nüchtern rechnende Kapitalisten sind - dürfe die tägliche Arbeitszeit höchstens vier bis fünf Stunden betragen, und daneben müsse der Konsum ganz beträchtlich gesteigert werden.

Zweifellos ist die Forderung der amerikanischen Gewerkschaften auf Einführung der Fünftagewoche mit einer sechstündigen täglichen Arbeitszeit, d.h. also praktisch der 30-Stunden-Woche, auf den Einfluss und die Beweisführung der Technokraten zurückzuführen.

Selbstverständlich spielen bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit neben dem technischen Fortschritt eine ganze Reihe anderer Faktoren eine wesentliche Rolle. Aber selbst das Internationale Arbeitsamt sagt zu dieser Frage in seinem ausserordentlich vorsichtig abgefassten Bericht:

"Die Annahme, dass der technische Fortschritt im Endergebnis neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die freigestellten Arbeiter eröffnet, mag unter theoretisch idealen Verhältnissen, bei vollkommener Handelsfreiheit und ausreichender Beweglichkeit von Kapital und Arbeitskräften berechtigt sein. Nach den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie und den Erfahrungen der letzten Zeit muss jedoch ihre Gültigkeit unter den neuzeitlichen Umständen bezweifelt werden."

Wirtschaft und Gesellschaft - das zeigt die Entwicklung - können heute von der rein privatwirtschaftlichen Seite her nicht mehr beherrscht werden. Die allgemein und international angestrebte Arbeitszeitverkürzung kann im Rahmen eines internationalen Programms zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen sehr wohl ein wertvoller Faktor sein. Darüber hinaus muss selbstverständlich national und international und ohne Rücksicht auf einen etwaigen neuen Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, dem nur eine noch schwerere Krise folgen würde, der Umbau der Wirtschaft und die planwirtschaftliche Gestaltung der Produktion und der Handelsbeziehungen in Angriff genommen werden. Sonst wird sich die düstere Prophezeiung der Technokraten verwirklichen, dass in wenigen Jahren hundert Millionen Arbeitslose mit all ihren gesellschaftlichen Problemen die Welt in Chaos und Untergang stürzen.

SPD. Ein ausserordentlicher Erfolg freigewerkschaftlicher Arbeit wurde in den Betriebsratswahlen auf der Zeche Konstantin I/II in Bochum erzielt.

Die Zeche war 1932 mit 120 auf ihre "nationale" Einstellung geprüften Arbeitern wieder neu in Betrieb gesetzt worden. Erst nach längerem Drängen der Gewerkschaften entschloss sich die nazifreundliche Betriebsführung, eine Betriebsratswahl stattfinden zu lassen. Die grösstenteils dem Stahlhelm entstammende wirtschaftsfriedlich eingestellte Belegschaft gab in der Wahl dem freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband 66 Stimmen = 3 Mandate, dem gelben Deutschen Arbeiter 37 Stimmen = 2 Mandate und der Nationalsozialistischen Liste 17 Stimmen = kein Mandat. Und das alles, obwohl die Betriebsleitung mit allen Kräften für den gelben Verband werben liess.

Die Scharfmacher können ihren Versuch, den freien Gewerkschaften durch Förderung der Gelben und der Hitlerei das Wasser abzugraben, allmählich aufgeben.

SPD. Die Kommunistenpresse berichtet in grosser Aufmachung über "Siege" der sogenannten Opposition bei den Wahlen zu den Ortsvorständen der Gewerkschaften. Je kleiner die Verwaltungsstellen, umso grösser die Siegesfanfaren! So wird u.a. die Eroberung der Zahlstelle Pössneck des Gesamtverbandes durch die Opposition gemeldet. Wie sieht nun dieser "Sieg" in der Wirklichkeit aus?

Die Zahlstelle Pössneck zählt etwa 150 Mitglieder. Die Generalversammlung war von 63 Mitgliedern besucht, die Opposition siegte mit 33 Stimmen. Dieser "Sieg" war nur möglich, weil Leute an der Versammlung teilnahmen, die mit ihren Beiträgen viele Monate im Rückstand waren, d.h. nach den Satzungen schon längst nicht mehr der Organisation angehören.

Die Siegesfreude dürfte im übrigen nur von kurzer Dauer sein, da im Gesamtverband selbstverständlich nur Gewerkschafter in die Organisationsleitung gewählt werden können, die Mitglieder der Organisation sind.

SPD. Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1932 liefert einen sehr eindrucksvollen Beweis für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Dezemberhälfte aus saisonmässigen Ursachen weiter gestiegen, jedoch langsamer als in dem ersten Berichtsabschnitt. Am Jahresende waren bei beiden Arbeitsämtern rund 5 773 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr, die Ende Juni mit mehr als 1,7 Millionen am stärksten war, ist seitdem ständig geringer geworden und betrug am Jahresende nur noch rund 105 000.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 94 000 auf 792 000 und in der Krisenfürsorge um 93 000 auf 1 281 000. Aus dem Personenkreis für öffentliche Fürsorge wurden Ende Dezember 2 375 000 Arbeitslose als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt. Diese Zahl liegt bei einem Gesamtzugang an Arbeitslosen im Dezember um über 400 000 - mit 64 000 höher als Ende November. Im Freiwilligen Arbeitsdienst waren am Jahresende noch 242 000 Arbeitslose tätig, d.h. nur 43 000 weniger als Ende November.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Dezemberhälfte hält sich in verhältnismässig engen Grenzen. Man muss bedenken, dass wir uns dem Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit nähern. In den beiden Vorjahren war der Zugang bei den Arbeitslosen in der zweiten Dezemberhälfte wesentlich stärker. Er betrug 1931 = 320 000 und 1930 = 400 000 Köpfe. Eine gewisse Beruhigung ist also zweifelloos festzustellen. Der vorsichtige Optimismus, den der Reichsarbeitsminister dieser Tage auf seiner in Bielefeld gehaltenen Rede über die Probleme des Freiwilligen Arbeitsdienstes aufleuchten liess, ist nicht unbegründet - so weit die Wirtschaft in Frage kommt. In der Industrie sind zweifelloos Ansätze zur Besserung vorhanden, aber - und das ist die sehr ernste Kehrseite der Medaille - der Besserung der Wirtschaft steht keine entsprechende Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber. Die Entlastung in der Wirtschaft macht sich für den Arbeitsmarkt nicht fühlbar.

Warum? Die Steigerung der Produktion bedeutet keine Steigerung der Einstellung von Arbeitskräften, weil der hohe Stand der Technik es ermöglicht, ohne Neueinstellungen die Produktion zu steigern. Aus der Arbeitsmarktlage heraus ergibt sich also die ganz klare Kenntnis, dass zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen notwendig ist. Ohne Arbeitszeitverkürzung bleibt das Missverhältnis zwischen Besserung der Wirtschaft und Weiterbestand der Arbeitslosigkeit bestehen.